
Vom Verstehen zum Gestalten

Können Sie sich noch erinnern, wie Sie sich im Sommer 2014 fühlten? Vor fünf Jahren? Damals hatte Deutschland bei der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien das Halbfinale mit einem unglaublichen 7:1 gegen den Gastgeber gewonnen, und wenige Tage später gewann die Mannschaft den Titel. Die Stimmung im Land war großartig.

Angela Merkel, im Jahr zuvor zum dritten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt, führte eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD an, die 67,2 Prozent der Wählerstimmen und fast 80 Prozent der Sitze im deutschen Bundestag auf sich vereinte. Das ZDF-Politbarometer schrieb: „Bundeskanzlerin Angela Merkel wird jetzt auf der +5/-5-Skala mit einem Durchschnittswert von 2,8 beurteilt. Das ist ihr bester Wert bisher überhaupt, ein Zehntel mehr als sie unmittelbar nach der gewonnenen Bundestagswahl 2013 erhalten hatte.“¹ Den Regierungsparteien standen mit den Grünen und den Linken zwei kleine Oppositionsparteien gegenüber. Eine politische Neugründung aus dem Jahr 2013 namens AfD, die vom Ökonomieprofessor Bernd Lucke geführt wurde und eine euroskeptische Position vertrat, erzielte bei der Wahl zum Europaparlament 7 Prozent der Stimmen. Gleichwohl schien die Euro-Schuldenkrise von 2010 im Wesentlichen bewältigt. Das medienwirksamste politische Thema in der Anfangszeit des Kabinetts Merkel III war die Einführung einer Pkw-Maut für Ausländer, mit der die CSU seit 2013 beim Wähler zu punkten versuchte. Die Zahl der Arbeitslosen war erstmalig seit 1993 auf unter 3 Mio. gefallen (Höchststand 4,9 Mio. in 2005). Der seit Jahren anhaltende wirtschaftliche Aufschwung erwies sich als robust. Und wer ein iPhone 5 besaß, war kommunikationstechnisch ganz vorne dabei. Wenn es im wiedervereinigten Deutschland eine gute alte Zeit gab, dann ist es vielleicht das Jahr 2014 gewesen.

Auch die Blicke über die Grenzen waren bis Anfang 2014 nicht besonders Besorgnis erregend. In den USA war Barack Obama 2013 für eine zweite Periode zum Präsidenten der USA vereidigt worden, und er galt als gern gesehener Gast in Berlin und guter Vertrauter der Kanzlerin. Zwar hatte es gerade einen Geheimdienst-Abhörskandal gegeben, zu dem Frau Merkel meinte „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht“, doch an der grundsätzlichen Qualität des transatlantischen Verhältnisses wurde nicht gerüttelt ... Blickte man zu den Briten, dann richtete sich der Blick auf Schottland und das Unabhängigkeitsreferendum. Auch wegen der Aussage, Schottland könne nur bei einem Verbleib im Vereinigten Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben, stimmten die Schotten gegen ihre Unabhängigkeit ... In der Ukraine schien es zu Beginn des Jahres einen demokratischen Aufbruch zu geben, der allerdings von der Sezession/Annexion der Krim überlagert wurde. Internationaler Protest und wirtschaftliche Sanktionen standen für ein gewohntes Reaktionsmuster ... Und schließlich der Nahe Osten. Zwar tobte in Syrien bereits seit 2011 ein Bürgerkrieg, doch erst ab 2013 wurde Syrien zum Top-Ziel für islamistische Dschihadisten aus der ganzen Welt. Dazu hieß es im Sommer 2014 in der ZEIT: „Die Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und Großsyrien (Isis) soll ein Kalifat ausgerufen haben. [...] Die Isis nannte sich zudem in „Islamischer Staat“ um. Die sunnitischen Isis-Kämpfer kontrollieren einige Regionen im Bürgerkriegsland Syrien und sind seit Anfang Juni auch im Irak auf dem Vormarsch.“² Die Welt war nicht konfliktfrei, doch alles schien einhegbar, nicht fundamental.

Stellen wir also noch einmal die Frage, wie Sie sich im Sommer 2014 fühlten. „Gut“, dürfte die häufigste Antwort lauten. Als kritischer Mensch hätten Sie hinzugefügt „Zu zufrieden darf man nicht sein, denn es stehen schon einige große strategische Herausforderungen auf der Agenda“. Und dann hätten Sie vielleicht über eine unvollständige Energiewende, den Klimawandel, die Herausforderungen einer alternden und schrump-

¹ ZDF Politbarometer vom 18. Juli 2014

² ZEIT-Online vom 29. Juni 2014

fenden Gesellschaft, die Gestaltung der Globalisierung angesichts eines europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommens mit Namen TTIP sowie über E-Mobilität und den Ausbau der digitalen Infrastruktur auf flächendeckende Grundversorgung mit 50 MB Übertragungsgeschwindigkeit gesprochen. Vielleicht hätten sie vor einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, Altersarmut und drohenden Mietpreissteigerungen gewarnt und für große Städte eine Mietpreisbremse diskutiert. Oder sie hätten eine Wahl- und Politikmüdigkeit bemerkt und darüber nachgedacht, wie man die demokratische Teilhabe der Bürger verbessern kann, z. B. durch mehr Bürgerbeteiligung oder auch durch Formate direkter Demokratie ... „Aber ...“ hätten sie dann hinzugefügt „...gute Lösungen sind wichtiger als schnelle. Es eilt nicht. Nichts ist wirklich dramatisch.“

Dann veränderte sich in Kürze sehr viel. Der IS-Terror zog in die europäischen Städte. Der Krieg in Syrien wurde erbarmungslos auf dem Rücken der Zivilgesellschaft ausgetragen. Seine Folge waren Flüchtlingsströme, Willkommenskultur und Fremdenangst. Die seit einiger Zeit an Zulauf gewinnenden neuen Rechten und autoritäre Bestrebungen erzielen immer mehr Wahlerfolge vielerorts in Europa, gleichzeitig trieben sie Diskursverschiebungen nach rechts voran. In den sozialen Netzwerken zeigte sich ein enormes Hass- und Erregungspotenzial. Die internationalen Beziehungen litten, es kam zu mehr Handelsstreit und Zollkonflikten, zur Krise der transatlantischen Allianz, zur Aufkündigung internationaler Verträge. Immer häufiger hörte man „me first“. Jahrelang blickten wir auf Abstimmungen und Wahlen und hofften auf gemäßigte Entscheidungen. Doch es kam anders: Trump-Wahl, Brexit-Abstimmung, Neo-Nationalismus in Ostmitteleuropa, Erdogan-Präsidialsystem, rechtspopulistische Regierungen in Österreich und Italien sowie im Inland die AfD-Erfolge bei gleichzeitiger Rechtsradikalisierung ihrer Führungseliten. Allerorten zeigten sich Risse in den Gesellschaften.

So veränderte sich in wenigen Jahren sehr viel. Einiges deutete sich selbstverständlich schon lange schon vor dem

Sommer 2014 an, doch in den fünf Jahren zwischen 2014 und 2019 ist es manifest und unübersehbar geworden.

Eine andere Welt

Die Welt, die das Denken, Fühlen und Handeln der meisten in Deutschland geborenen Menschen seit ihrer Kindheit geprägt hat und selbstverständliche Orientierung gab, existiert nicht mehr. Fünf Thesen reichen aus, um die Wucht der Veränderung auszuleuchten, mit der sich auch der vhw konfrontiert sieht.

(1) Die vor-globalisierte Welt bzw. die Ordnung der Nachkriegsjahrzehnte ist endgültig vorbei. Mit den neoliberalen Bewegungen (Reagan, Thatcher) zu Beginn der 1980er Jahre zeichneten sich fundamentale Veränderungen ab. Das Ende des Kalten Krieges öffnete die Tür für Globalisierung und Neoliberalismus dann vollends. In Deutschland bemerkten wir es erst einige Jahre später, weil wir nach 1989 mit den unmittelbaren Folgen der Wiedervereinigung, die als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ausgestaltet wurde, beschäftigt waren. Die Entwicklung ist unumkehrbar geworden. Zur ökonomischen, sozialen und politischen Struktur und Ordnung der Nachkriegsjahrzehnte führt kein Weg zurück. Für die Soziologin Cornelia Koppetsch basiert die Transformation auf einem *doppelten Liberalismus* mit zwei Säulen: „zum einen auf einer wirtschaftsliberalen Säule des radikalen und deregulierten Wettbewerbs, welche das übergeordnete Ziel der Herstellung von globaler Wettbewerbsfähigkeit verfolgt, und zum anderen auf einer links- und kulturliberalen Säule, die für kulturelle Vielfalt, Partizipation und die Förderung subjektiver Rechte und Werte in ihrer Verschiedenartigkeit eintritt.“³ Koppetsch weiter: „Der Neoliberalismus ist tief in den kulturellen Grundlagen der neuen Mittelschichten verankert, denn er spricht bestimmte Ambitionen und Erwartungen an, die einerseits mit der Befreiung von staatlicher und betrieblicher Kontrolle [...] und andererseits mit [...] neuen Formen des persönlichen Lebens und des Individualismus des Sin-

³ Cornelia Koppetsch: *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld 2019, S. 83



Vorwort

gulären verbunden sind.“⁴ Auch der vhw ist von diesem Denken durchdrungen, wenn wir darauf zielen, die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzuhalten und neue Formen des Umgangs mit Vielfalt zu finden. Die von Cornelia Koppetsch als *links- und kulturliberale Säule* beschriebene Haltung prägt unsere Roadmap von 2009 und die Forschungsperspektiven des letzten Jahrzehnts.

(2) Doch der Umbruch von 1990 markierte nicht das *Ende der Geschichte*, die Francis Fukuyama 1992 in einem viel zitierten Essay aufschwimmern sah. Inzwischen ist der Globalisierungsprozess der letzten dreißig Jahre selbst unter Druck geraten. Seine Unübersichtlichkeit, die Abnahme nationaler Steuerungsfähigkeit, seine Depolitisierung durch postulierte Alternativlosigkeit, seine Durchökonomisierung des Alltags mit der allgegenwärtigen Messlatte der Effizienz sowie seine „the-winner-takes-it-all-Logik“ wecken Zweifel. Die trotz aller globalen Wohlfahrtssteigerungen erfolgten Verwerfungen erzeugen zu viele Verlierer, Abstiegsbedrohte und sich überflüssig Fühlende. Der Soziologe Heinz Bude hat dies auf dem vhw-Verbandstag 2017 sehr plastisch dargelegt, als er in seinem Vortrag „den Leuten mit den *lovely jobs*, die Selbstwirksamkeitserfahrungen versprechen und ein komfortables Leben ermöglichen“ die Leute mit den *lousy jobs* gegenüberstellte, „die in ihrem gesamten Berufsleben nie auf einen grünen Zweig kommen“.⁵ Es wäre ein klassisch linkes bzw. sozialdemokratisches Projekt gewesen, hier politisch gegenzusteuern und die frei gesetzten Kräfte der Globalisierung einzuhegen und sozial verträglich zu machen. Das gelang nicht, weil die Globalisierung die möglichen Steuerungskorrekture in Form des Primats des politischen und solidarischen Denkens gleich mit ausgesetzt hatte. Der vhw spürt in seinen Milieuanalysen seit Jahren diesen Rissen durch die Gesellschaft nach. Besonders auffällig ist ein *Skepsisgraben*. Er „trennt die Milieus mit einer relativ positiven Einschätzung des gesellschaft-

lichen Zusammenlebens von denjenigen mit einer überwiegend negativen Einschätzung.“⁶

(3) Hier ist das Vakuum spürbar, in das allerorten rechte Bewegungen vorstoßen. Cornelia Koppetsch sieht in der Vielfaltsfeindlichkeit und Homogenitätsbeschwörung der Rechten eine „soziale Gegenbewegung gegen die globale Moderne“⁷. Es gehe um ein „grundsätzlich anderes Modell von Gesellschaft“ [...] „ein partikulares Wir. Menschen sollen in Gemeinschaften Solidarität erfahren, die weit über die Sachleistungen einer Versicherung hinausgeht, und in der sich Sicherheit und Schutz mit Solidarität, Geborgenheit und Sinn verbinden. Dies geht mit der Unterordnung des einzelnen unter die Ordnung des Kollektivs einher.“⁸ Wir halten diese Analyse für sehr zutreffend. Hinzuzufügen ist jedoch, dass Ausgrenzung, Diskriminierung, Gewaltbereitschaft, Emanzipationsfeindlichkeit, autoritäres Verhalten und Kompromissfeindlichkeit auch implizite Elemente dieses Gesellschaftsentwurfs sind. Sie machen ihn für uns unakzeptabel.

(4) Der technische Fortschritt im Bereich des Digitalen ist gewaltig. In einer ersten Welle wurde die Art des Informierens und Kommunizierens und der Meinungsbildung grundlegend verändert. Durch die Abwanderung eines erheblichen Teils von Werbeausgaben ins Internet waren die klassischen Medien schon früh unter Anpassungsdruck geraten. Dann kamen die Social Media hinzu und schufen neue Artikulations-, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. „Sie stehen für politischen Input“, sagt der Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren. „Jede bzw. jeder kann Mitteilungen machen, sich zu öffentlichen und privaten Dingen äußern [...] Social Media dienen aber nicht nur dem Einzelnen, sondern ermöglichen Gruppen wie auch Organisationen, den direkten, ungefilterten Zugang zur Öffentlichkeit.“⁹ Damit veränderten sich

4 Cornelia Koppetsch, ebenda, S. 90

5 Heinz Bude: *Das Gefüge der Stadt. Über Kosmopoliten, Tribalisten und Migranten*. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 2|2018, S. 59

6 Jürgen Aring: *Risse in der Gesellschaft – Ein Essay über Demokratie, soziale Milieus und ihre regionalen Ausprägungen*. In: *vhw-werkSTADT* Nr. 31, Juni 2019, S. 17

7 Cornelia Koppetsch, ebenda, S. 39

8 Cornelia Koppetsch, ebenda, S. 49

9 Otfried Jarren: *Wandel lokaler Öffentlichkeit als Herausforderung*



Öffentlichkeit(en) und politischer Diskurs grundlegend. In ihrer Rede zur Verleihung des Ludwig-Börne-Preises spitzte es die österreichische Literatin Eva Menasse folgendermaßen zu: „Die alte Öffentlichkeit ist vorbei. Sie wird nicht irgendwann vorbei sein, sie ist es schon. Die Digitalisierung, die wunderbare Effekte auf viele Lebensbereiche hat, hat auf ihrem Urgrund, der menschlichen Kommunikation, eine alles zerstörende Explosion verursacht. Für die Öffentlichkeit, die, mit all ihren Fehlern und Schwächen, einmal die informelle Macht der Demokratie war, hat es den Effekt, den es auf die Wirtschaft hätte, wenn jeder sich zu Hause sein eigenes Geld drucken könnte. Diese Zersplitterung in Millionen inkonvertibler Einzelmeinungen, diese Hyperinflation von Information, die die Information an sich zerstört, all dies unverbundene und beziehungslose Sprechen und Schreiben könnten wir Ludwig Börne, wenn er plötzlich wiederauferstehen würde, wahrscheinlich wirklich nicht erklären.“ [...] „Im schlimmsten Fall sind wir bald gar keine Gesellschaft mehr, sondern nur ein loser Verbund hochaggressiver Interessensgruppen, gerade noch mühsam zusammengehalten durch den relativen Reichtum des Erdteils, in den wir zufällig hineingeboren wurden.“¹⁰ Literarisch ist das glanzvoll formuliert, gleichzeitig klingt es sehr dystopisch. Wir meinen, es sollte eher als Warnung denn als Situationsbeschreibung gelesen werden. Gleichwohl ist der

für Akteure. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 5/2018, S. 226f.

¹⁰ Eva Menasse: *Für Pessimismus ist es zu spät. Dankesrede anlässlich der Verleihung des Ludwig-Börne-Preises 2019.*

Wandel der Öffentlichkeit eine Herausforderung, die in der Arbeit des vhw zu berücksichtigen ist. Mit dem Verbandstag 2018, der das Feld „Meinungsbildung vor Ort“ (Bilder) ausleuchtete, haben wir diese Herausforderung sichtbar auf unsere Arbeitsagenda gesetzt.

(5) Der Aufstieg der Rechten und der Zerfall der Öffentlichkeit gehen Hand in Hand mit einer Rückkehr des Emotionalen in die Politik. Stimmungen und Ängste werden betont und zur Grundlage politischen Handelns gemacht. Wutbürger, Willkommenskultur, Brexit, Hasstiraden in sozialen Medien, Überfremdungsangst – überall starke Emotionen, die das Rationale an den Rand drängen. Das irritiert, denn in der liberalen Demokratie gelten Sachlichkeit, Informiertheit, Rationalität, Objektivität als zentral, um zu politischen Ergebnissen, also Abwägungen, Kompromissen oder sogar höheren Einsichten zu kommen. Gefühle hingegen gelten eher diskursverhindernd. So stellt es sich derzeit als große Herausforderung dar, Rationalität und Emotionalität in Einklang zu bringen. Der Politikwissenschaftler Gary Schaal, seit Jahren Berater beim vhw in Fragen der *Deliberation*, fragt inzwischen auch: „Benötigen wir eine demokratische Emotionspolitik?“ Er meint, benötigt werde „gerade jetzt ein Verständnis von Politik und Demokratie, das nicht einseitig ist und nur die vermeintlich kühle Rationalität wertschätzt, sondern auch Emotionen als unhintergehbare Komponente politischer Kommunikation und politischen Handelns akzeptiert.“¹¹ Denn man müsse sich bewusst sein, „dass die Stimme der Vernunft sehr leise und kaum handlungsmotivierend ist. Im Gegensatz dazu zeichnen sich Emotionen gerade dadurch aus, dass sie handlungsmotivierend sind. Intensive Gefühle motivieren Menschen zu beherztem Handeln. Das Ideal des politisch aktiven Bürgers bedarf in der Praxis daher starker Emotionen.“ [Deswegen] „benötigen Demokratien für ihren Bestand ein entgegenkommendes emotionales Fundament.“¹² Gewisse Randbe-

¹¹ Gary Schaal: *Benötigen wir eine demokratische Emotionspolitik? Zur problematischen Stellung von Gefühlen in der Politik.* In: *Außerschulische Bildung*, 2/2019, S. 6

¹² Gary Schaal, *ebenda*, S. 9



Vorwort

dingungen dürfen natürlich nicht übersehen werden. So ist zu beachten, inwieweit Gefühle lähmend oder motivierend wirken. Und Gefühle müssen rational hinterfragbar bleiben. Das Ausschließen von Ratio aufgrund von Emotionen und Affekten ist aus Sicht des vhw keine politische Perspektive. Die vhw-Fortbildung hat dieses Thema in einem Seminar „Umgang mit Stammtisch-Parolen und abwertenden Meinungsäußerungen“ ganz praktisch auf die Agenda gesetzt. Dort finden wir den Tipp, man solle auf die Aussage „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ mit dem Satz beantworten. „Klar, aber dann müssen Sie auch mit der Antwort leben“.¹³

Eingepreist

Nun ist die Welt definitiv nicht mehr so, wie wir sie lange kannten. Es gibt die, die sie hinter sich lassen wollen, die sie zerstören wollen, die sich einmauern wollen und die vielen, die staunend und oft ratlos zuschauen. Die jedoch merken, dass es auch ihren Alltag betrifft. Ihre Vorstellung von Wissenschaft, Solidarität, Gerechtigkeit, Vielfalt, offener Gesellschaft und liberaler Demokratie mit ausbalancierten Institutionen. Aber auch diejenigen, die einfach ein wertgeschätztes Leben führen wollen und an die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder und Enkel denken. Nicht zu vergessen die Jüngeren, die Sorge haben, eine zerstörte Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft mit auf den Lebensweg zu bekommen.

Das Momentum des politischen Handelns war für Jahre bei den *Disruptiven Politikern*, also bei denjenigen, die Demokratie und Rechtsstaat zerreiben wollen und meinen „wenn das Alte erst mal zerstört und schwach ist, entsteht Raum für anderes“.¹⁴ Langsam – so unsere These – verliert es seinen Schwung, weil es die anderen nicht mehr schockt. Ökonomen würden sagen: „Die weitreichenden Umbrüche sind inzwischen in

das Denken eingepreist.“ Die politische Disruption der letzten Jahre ist verstanden worden und das darauf gerichtete Erstaunen und die teilweise Schockstarre derjenigen, die für Demokratie, Diskurs, Kooperation und Kompromiss stehen, lösen sich sukzessive auf.

Auch zwei große zivilgesellschaftliche Bewegungen haben dazu beigetragen. Mit *Pulse of Europe* gab es in einer kritischen Phase klare pro-europäische Signale aus der Zivilgesellschaft. Und die internationale Schülerbewegung *Fridays for Future* schaffte es, die Herausforderung des Klimawandels und damit die Energie-, Mobilitäts- und Ressourcenverbrauchswende wieder auf die alltägliche politische Agenda zu bringen. Es gibt wieder öffentliche Diskurse jenseits von Migrationsfragen, z. B.

- Wohnungs- und Bodenpolitik
- Klima- und Umweltpolitik (und damit Energiepolitik, Agrarpolitik, Mobilitätspolitik, Steuerpolitik)
- räumliche Disparitäten (arg vereinfacht als Heimat- oder Stadt-Land-Politik bezeichnet)
- Digitalisierung (Ausbau der digitalen Infrastruktur, Netzkommunikation, Künstliche Intelligenz)
- Europapolitik/Politik zur Zukunft Europas

So scheint es, als kehre die Bereitschaft zum konstruktiven politischen Gestalten großer Zukunftsfragen bei den Anhängern einer offenen Gesellschaft in freiheitlich-demokratischer Verfassung zurück. Damit ist nicht gesagt, dass die letzten Jahre nur ein Spuk gewesen seien, der nun verfliege. Keinesfalls! Das Disruptive bleibt wirkmächtig. Aber es lähmt nicht mehr so stark. Hier sind wir optimistisch, dass der demokratische Politikbetrieb nun zeigen kann, zukunftsfähig zu sein.

Auch der vhw musste sich auf die sich rasch verändernde Welt einstellen. Wir erinnern daran, dass sich der vhw 2009 eine neue Satzung gegeben hatte, die um eine Roadmap ergänzt wurde, um Ziele, Positionen und konkrete Aktivitäten für die nächsten Jahre zu benennen. Das war zu einer Zeit als einerseits Versprechen von Neo-Liberalisierung und Globalisierung noch wirkmächtig waren. Und andererseits war der aktive Druck

¹³ Skript zum vhw-Seminar SN190301: „Umgang mit Stammtischparolen und abwertenden Meinungsäußerungen“ am 26 Juni 2019 in Leipzig, S. 39

¹⁴ Vorwort zum vhw-Tätigkeitsbericht 2017/2018, S. 4

auf die liberale Demokratie und die offene Gesellschaft durch illiberal-autoritäre rechte Bewegungen, durch eine medial vollkommen veränderte Öffentlichkeit und Kommunikationslandschaft sowie eine Emotionalisierung des Politischen in seiner derzeitigen Wucht noch nicht erkennbar. Dieser neue Rahmen erfordert eine kontinuierliche Anpassung in der Arbeit des vhw, von der auch dieser Tätigkeitsbericht handelt.

Lokale Bezüge

Dabei ist es für den vhw als Idealverband wichtig, die großen Veränderungen immer auch in Bezug auf das Lokale zu denken und zu fragen, was vor Ort passiert und wie dort die Zukunft von Stadtentwicklung gestaltet wird. Seit Jahren richten wir dabei den Blick auf kleinteilige, raumbezogene Kommunikation und Begegnung, in der wir ganz konkrete Möglichkeiten sehen, der Spaltung entgegenzuarbeiten. Dazu passt die Forderung des Journalisten und Philosophen Jürgen Wiebicke vom vhw-Verbandstag 2018: „Demokratie beginnt mit dem öffentlichen Gespräch. Sie benötigt Orte, an denen wir uns als Bürger begegnen und feststellen, welche Probleme besonders drängend sind. [...] Mit digitalen Mitteln wird sich diese Kommunikationsstörung nicht beheben lassen. Die Antwort auf die Demokratie-Krise muss analog sein.“¹⁵

Interessant ist in diesem Sinne ein Debattenbeitrag, den der Stadtforscher Klaus Selle für den vhw verfasst hat. In diesem Text mit dem Titel „*Ende der Naivität. Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung*“, werden Beteiligungsprozesse bei Fragen der Stadtplanung hinterfragt, die in „multilateralen Konstellationen über längere Frist (viele Akteure involviert, Kommune verfügt nicht über alle umsetzungsrelevanten Ressourcen)“¹⁶ stattfinden. Hinter dieser sperrigen Formulierung ver-

birgt sich die stadtplanerische Alltagssituation, die bei Straßenprojekten, Platzumgestaltungen, Gewerbeflächenentwicklungen oder Konversionsfragen tausendfach an den Tag tritt. Selle macht eine große Diskrepanz zwischen hohen Beteiligungsidealen und der realen Bedeutung von Beteiligungsprozessen aus. Es werde ein Bürgereinfluss suggeriert, den die komplexen Planungs- und Entscheidungsprozesse nicht hergeben. Und das in einem Umfeld, in dem

- Vertrauensverlust,
- Verlust der Repräsentativität,
- Verlust der Bürgernähe,
- Verlust der „Tatsachenwahrheit“,
- Verlust des Kommunalen und ein
- Verlust der Argumentationsfähigkeit

den lokalen politischen Alltag prägen. Wenn Klaus Selle in diesem Kontext „ein Ende der Naivität“ einfordert, dann versteht er das nicht dystopisch, sondern als Aufforderung zur Entwicklung einer neuen Praxis, die Akteursvielfalt, Governance, langen Prozessen, Interessen und Interessenausgleich gerecht wird und so zu einer Koproduktion von Stadt führt. Das – so sagt er – „mag erneut naiv klingen. Aber eine Stadtentwicklung, die auch konzeptionell als aus dem Handeln vieler Akteure begriffen wird, ist weitaus realitätsnäher als eine, die nur Beteiligende und Beteiligte kennt.“¹⁷

In diesem Sinne wünschen wir uns einen optimistischen Blick auf Gegenwart und Zukunft engagierter Co-Produzenten von Stadt, die durch ihr praktisches Handeln Zukunftsfragen angehen und so en passant von der Handlungsfähigkeit der liberalen Demokratie überzeugen.



Dr. Peter Kurz
Verbandsratsvorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand

¹⁵ Jürgen Wiebicke: *Zehn Regeln für Demokratieretter*. Köln 2017, Kap. 6, S. 73. (Kapitel 5 und 6 sind auch abgedruckt in *Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2018*, S. 254-258)

¹⁶ Klaus Selle: *Ende der Naivität. Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung. Anstiftung zur Revision*. Berlin 2019 (= vhw-Schriftenreihe 15), S. 25

¹⁷ Klaus Selle, ebenda, S. 25